



## Mythos 2: Atomwaffenverbotsvertrag unterminiert den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen

Die Behauptung, dass der Atomwaffenverbotsvertrag den bestehenden Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und dessen Verifikationsregime schwächen würde, wird von der Bundesregierung gerne angeführt, um den Boykott des Atomwaffenverbotsvertrags zu rechtfertigen. Ein in Auftrag der Fraktion DIE LINKE erstelltes Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags widerspricht in dieser Frage jedoch ausdrücklich der Bundesregierung.

Das Gutachten stellt klar: Der Atomwaffenverbotsvertrag steht »juristisch nicht in Widerspruch zum NVV«. Die beiden Verträge stünden »weniger in einem rechtlichen Konkurrenz-, als in einem Komplementärverhältnis zueinander«.

## Mythos 3: Atomwaffen schaffen Sicherheit

Das Beharren auf Doktrin der nuklearen Abschreckung ist nicht nur aus der Zeit gefallen, sondern gefährdet Frieden und Sicherheit in Deutschland und weltweit. Die zahlreichen Unfälle in der Vergangenheit sowie die Gefahr vor Cyberattacken, menschlichem Versagen und fehlerhaften Warnsystemen sollten uns eine Warnung sein. Atomwaffen sind mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar: Die Drohung mit Atomwaffen ist letztlich die Drohung mit Massenmord.

**DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. US-Atombomben raus aus Deutschland! Nein zur Anschaffung neuer Atombomber für die Bundeswehr!**

# **DIE LINKE.**

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Jan Korte

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

210325

# Atomwaffen verbieten – UN-Vertrag beitreten!

## **DIE LINKE.**

I M B U N D E S T A G



Foto: ruine\_atombombe\_hiroshima\_gedenk / Stock - Rich Lees



## Liebe Leserin, lieber Leser,

am 22. Januar 2021 ist der internationale Vertrag zum Verbot von Atomwaffen in Kraft getreten. Das ist ein historischer Tag: Die zerstörerischsten der Massenvernichtungswaffen sind nun erstmalig in der Geschichte völkerrechtlich geächtet.

In Deutschland bleibt jedoch ein fader Beigeschmack: Anders als die 122 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die den Atomwaffenverbotsvertrag im Juli 2017 verabschiedet haben, blieb die Bundesregierung der Abrüstungsinitiative von Anfang an aus scheinheiligen Gründen fern, auch um weiter an der nuklearen Teilhabe des Militärpakts Nato festzuhalten und die US-Atombomben in Deutschland zu lassen. Anstatt die historische Abrüstungsinitiative weiter zu torpedieren, muss die Bundesregierung ihren Lippenbekenntnissen für eine atomwaffenfreie Welt endlich Taten folgen lassen.

DIE LINKE fordert daher – wie eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung – den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland!

Ihre

Sevim Dagdelen, Sprecherin für Abrüstungspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Heike Hänsel, Stellvertretende Vorsitzende und Sprecherin für internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

## Meilenstein der Abrüstung

Nach der Ratifizierung von mittlerweile 51 Staaten ist der Atomwaffenverbotsvertrag nun geltendes Völkerrecht. Er verbietet Staaten, Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren, zu besitzen, sie weiterzugeben, zu lagern, einzusetzen oder mit ihnen zu drohen. Auch die Stationierung auf eigenem Boden ist verboten.

Das Verbot von Atomwaffen ist nicht nur ein Riesenerfolg für die internationale Friedensbewegung, sondern ein gigantischer Sprung nach vorne in den internationalen Abrüstungsbemühungen und ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in eine atomwaffenfreie Welt. 75 Jahre nach den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki ist der Verbotsvertrag Ausdruck der festen Überzeugung der internationalen Gemeinschaft, dass sich eine solche Tragödie niemals wiederholen darf.

Während sich die Bundesregierung zu dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt bekennt, boykottiert sie eine historische Abrüstungsinitiative der großen Staatenmehrheit. Ihren fehlenden politischen Willen versteckt sie hinter vorgeschobenen Argumenten – und täuscht so die Öffentlichkeit.

## Mythos 1: Keine Abrüstung ohne Atomwaffenstaaten

Es ist kaum verwunderlich, dass die Atomwaffenstaaten, die der überkommenen Abschreckungs-Doktrin verhaftet sind, das Verbot bislang ablehnen. Ist der Verbotsvertrag deshalb ein zahnloser Tiger? Keineswegs. Sein Inkrafttreten wird weitreichende politische Konsequenzen haben:

Der Verbotsvertrag schafft eine völkerrechtliche Norm, die die Abrüstungsdebatte bereits jetzt verändert hat. Er stigmatisiert Atomwaffen und wird den Druck auf die Atomwaffenstaaten und deren Alliierte erhöhen, sich für Abrüstung einzusetzen – ähnlich wie im Fall des Verbots von Landminen oder des Verbots von Streubomben.

Auch ein Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbot, der von einer deutlichen Mehrheit von 92 Prozent (!) der Bevölkerung befürwortet wird, bliebe nicht folgenlos: Die rund 20 US-Atombomben müssten von deutschem Boden verschwinden.



Protestaktion vor dem Kanzleramt am Tag des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags am 22. Januar 2021